

BAU-HOLZ

DAS INFOMAGAZIN DER GEWERKSCHAFT BAU-HOLZ

Vergleich: KV-Abschlüsse Bau-Holz zu Metall und Handel!



www.bau-holz.at

Jahrgang 106 Ausgabe 9-12/2011

Gewerkschaft Bau-Holz:
**Muchitsch wird ab 2012
neuer Bau-Holz-Chef!**

Holper legt seine verantwortungsvolle Funktion in jüngere Hände.

Seite 4-5

Lohn- und Sozialdumping:
**Wahnsinn! Nur 2 statt 12
Euro Stundenlohn!**

Unglaubliche 82 Prozent Unterentlohnung auf Tiroler Baustelle.

Seite 7

BAU auf A! trägt bereits Früchte:
**Öffentliche Aufträge an
soziale Kriterien binden!**

Salzburg zeigt, wie es geht! Die GBH fordert eine bundesweite Umsetzung.

Seite 13

Aktuelles Thema: Herbstlohnrunder für alle Branchen durch die Metaller eröffnet

KV-Abschlüsse Bau-Holz-Branchen zu Metallern im Vergleich ...

Der Metallerabschluss mit durchschnittlich 4,2 Prozent Erhöhung der Löhne und Gehälter ist ein gutes Signal für die bevorstehenden KV-Verhandlungen aller Branchen.

Als nächste große Berufsgruppe stehen die KV-Verhandlungen für 450.000 Handelsangestellte bevor. „Mit dem von den Metallern erreichten Ergebnis wurde ein wichtiges Signal für Realloohnerhöhungen gesetzt“ so Bundesvorsitzender Johann Holper.

Für den designierten Bundesvorsitzenden ab 2012 Abg. z. NR Josef Muchitsch ist besonders erfreulich, dass vom Metallerabschluss vor allem die niedrigen Einkommensgruppen wesentlich stärker profitieren: „Der Lohnabschluss stärkt die Kaufkraft mit niedrigen Einkommen. Das hilft den Menschen und der Konjunktur.“

Bau-Holz für KV-Runden 2012 gerüstet

Auch für die Gewerkschaft Bau-Holz beginnen bereits die Vorbereitungen der noch offenen KV-Abschlüsse 2012. Die mehrjährigen Abschlüsse in den Bereichen Baugewerbe und -industrie, Bauhilfs-, Baunebengewerbe, Wildbachverbauung sowie in der Stein und kerami-



schen Industrie treten mit 1. Mai 2012 in Kraft. Gebunden an die Inflationsrate – errechnet am Durchschnitt der letzten 12 Monate – wurden garantierte Reallohnzuschläge vereinbart. Bei mehr als 3% VPI im Durchschnitt der letzten 12 Monate gibt es neuerliche Verhandlungen bei Malern und Tischlern.

Spannend wird die KV-Runde in der Holz- und Sägeindustrie. Hier wurde ein einjähriger Abschluss vereinbart.

KV-Abschlüsse 2008–2011 Bau-Holz-Branchen im Vergleich ...

Berufsgruppe/Branchen	2008	2009	2010	2011	2012
Bau	3,74	3,60	1,60	2,95	offen
Bauneben (BUAG)	3,60	3,35	1,55	2,90	offen
Bauneben (nicht BUAG)	3,60	3,35	1,10	2,45	offen
Stein/Keramik	2,70	3,25	1,29	2,83	offen
Holz- und Sägeindustrie	3,70	2,15	1,35	2,90	offen
Holz- und Kunststoffgewerbe	2,60	2,55	2,15	2,65	offen
Maler	2,50	2,65	2,25	2,65	offen
Verbraucherpreis-Index (VPI)*	2,20	3,20	0,50	1,90	offen
Metall-Industrie	3,60	3,90	1,50	2,50	4,20
Handel	3,10	3,70	1,50	2,30	offen

* Verbraucherpreisindex (VPI) im Jahresdurchschnitt des Vorjahres

Aus dem Inhalt ...

Bundesländerreport	SEITE 2 + 19
Führungswechsel in der Gewerkschaft Bau-Holz	SEITE 4
82% Unterentlohnung	SEITE 6
Auftragsvergaben	SEITE 7
Leistbares Wohnen	SEITE 8
Mitglieder werben	SEITE 10
GBH-Rechtsschutz: Zwei Beispiele	SEITE 11
Altersgerechtes Sanieren	SEITE 12
Auftragsvergaben NEU	SEITE 13
Erst mit 70 in Pension	SEITE 14
Interview mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer	SEITE 16
Exklusive Angebote für GBH-Mitglieder	SEITE 17
„Chance Hochbau“	SEITE 18

Aktuelle News:

www.bau-holz.at

Führungswechsel in der Gewerkschaft Bau-Holz

Hans Holper übergibt den Bundesvorsitz

Mit 1.1.2012 wird unser GBH-Bundesvorsitzender Hans Holper diese verantwortungsvolle Position in jüngere Hände legen: Der GBH-Bundesvorstand hat in geheimer Abstimmung beschlossen, dass der derzeitige Stv. Bundesvorsitzende und Landesgeschäftsführer der GBH Steiermark, Abg. Z. NR Josef „Beppo“ Muchitsch, den geschäftsführenden GBH-Bundesvorsitz übernehmen wird. Wir führten deshalb ein Interview mit dem scheidenden Bundesvorsitzenden.



Bau-Holz: Was hat dich bewogen, dich aus deiner Funktion als Bundesvorsitzender zurückzuziehen?

Hans Holper: Ich hatte im Frühjahr und Sommer verschiedene gesundheitliche Probleme, die zwar nicht schwerwiegend waren, mir aber dennoch gezeigt haben, dass meine Leistungsfähigkeit nachlässt. Deshalb habe ich mich entschlossen, meine Funktion, die ja vollen Einsatz verlangt, in die Hände von Josef Muchitsch zu legen. Er hat mit seinen Initiativen und seiner Tatkraft bereits bewiesen, dass er bestens für diese verantwortungsvolle Funktion geeignet ist.



Bau-Holz: Was sind für dich die größten Erfolge während deiner Zeit als Bundesvorsitzender?

Hans Holper: In gewerkschaftlicher Hinsicht, dass wir für unsere KollegInnen die besten KV-Abschlüsse der vergangenen Jahre erreicht haben, dass die BetriebsrätInnen stärker eingebunden wurden und dass die Gewerkschaft Bau-Holz eigenständig geblieben ist. Wir haben nach dem schwierigen Jahr 2006 die Konsolidierung geschafft. In politischer Hinsicht ist uns ebenfalls Vieles gelungen, z.B. die Anmeldung vor Arbeitsbeginn, die verringerten Abschlüsse bei Schwerarbeits- und I-Pension ab 2012, das Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, die BUAG-Novellen oder die steuerlichen Verbesserungen beim Jahresescheitel, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus haben wir eine korrekte und faire Sozialpartnerschaft, in der wir im gemeinsa-



men Interesse viel umgesetzt haben und noch umsetzen werden.

Bau-Holz: Was waren für dich die schlimmsten Momente deiner gewerkschaftlichen Laufbahn?

Hans Holper: Sicherlich, als die zahlreichen Verschlechterungen bekannt wurden, welche die schwarz-blaue Regierung ab dem Jahr 2000 für die ArbeitnehmerInnen ausgeheckt und umgesetzt hat. Um nur ein Beispiel zu nennen: Gegen die Pensionsreform 2003 haben wir mit der größten Demonstration, mit Steiks und konstruktiven Gegenvorschlägen gekämpft. Dennoch ist es nur gelungen, der Reform die schlimmsten „Giftzähne“ zu ziehen. Auch die Vorkommnisse um die Bawag 2006 haben mich sehr erschüttert. Das Verschulden einiger Weniger darf nicht zum Zusammenbruch der Gewerkschaften führen. Hier mussten unsere BetriebsrätInnen und Angestellten unverschuldet „den Rücken erhalten“. Sie haben großartige Moral und Standfestigkeit bewiesen.

sitz ab Jänner 2012 an Josef Muchitsch!



►► *Die Gewerkschaftsbewegung und die GBH werden immer ein wichtiger Teil meines Lebens sein – einmal Gewerkschafter, immer Gewerkschafter!*

Johann Holper, Bundesvorsitzender GBH

Bau-Holz: Was hast du heuer noch vor?

Hans Holper: Ich werde selbstverständlich bis zum letzten Tag meiner Tätigkeit weiterhin das Beste für die GBH geben und meine Funktion voll ausüben. Es stehen bis Jahresende noch Gremiensitzungen, Regionalkonferenzen und Ehrungstermine an, auf die ich mich besonders freue.

Bau-Holz: Worauf freust du dich persönlich in deinem neuen Lebensabschnitt?

Hans Holper: Ich freue mich darauf, mehr Zeit für meine Familie und meine Hobbys, wie z.B. Bergsteigen und Skifahren, zu haben.

Bau-Holz: Wo siehst du die Schwerpunkte der Gewerkschaft Bau-Holz in den kommenden Jahren?

Hans Holper: Gemeinsam mit unseren Bausozialpartnern haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative **UMWELT + BAUEN** und die Kampagne „**Bau auf A!**“ ins Leben gerufen. Mein Nachfolger Josef „Beppo“ Muchitsch hat hier unglaublich viel erreicht! Noch in den 80er-Jahren hat man der Bauholzgewerkschaft vorgeworfen, sogenannte „Betonierer“ zu sein. Jetzt sind wir auf dem besten Weg, DIE Umweltgewerkschaft Österreichs zu werden. Das wird unser Weg der kommenden Jahre sein: Neben unseren Kernaufgaben, wie faire Einkommen, Kollektivverträge, Arbeitnehmerschutz und sichere Pensionen, die wir nie vernachlässigen werden, sind die Sicherung von Arbeitsplätzen, faire Auftragsvergaben, leistbares Wohnen und der Kampf gegen Sozialbetrug sicher die wichtigsten Zukunftsthemen – und wir werden uns noch mehr zur „Mitmachgewerkschaft“ für unsere Mitglieder entwickeln!

Hans Holper

Geboren am 10. 11. 1949
in Ebenfurth/Niederösterreich

Erlerner Beruf: Maler und Anstreicher

1984 bis 1988

Betriebsratsvorsitzender Fa. ARGE U3/4
und Betriebsrat Fa. Negrelli

1985 bis 1987 Gewerkschaftsschule

Seit 1988 Sekretär GBH-Wien

Seit 2002 Landessekretär GBH-Wien
und Stv. Bundesvorsitzender der GBH

Seit 9. 11. 2006

Bundesvorsitzender der GBH

Seit 24. 01. 2007

Mitglied des ÖGB-Vorstandes



Unglaubliche 82 Prozent Unterentlohnung auf Tiroler Baustelle

Nur 2 statt 12 Euro Stundenlohn!

Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G), das seit 1. Mai 2011 in Kraft ist, zeigt erste Erfolge. Seither wurden weit über 1.000 Firmen auf Baustellen kontrolliert, die ersten „schwarzen Schafe“ haben bereits Strafbescheide erhalten.



Ein besonders krasses Beispiel wurde in Tirol bekannt: **Anlässlich einer Baustellenkontrolle wurde bei sechs Trockenbauern einer polnischen Firma eine Unterentlohnung bis 82 Prozent festgestellt!** Diese polnische Firma arbeitete über einen Subauftrag für eine österreichische Firma. In diesem Fall erstattete die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) im August nach Prüfung der Lohnunterlagen Anzeige mit einem Strafausmaß in der Gesamthöhe von 96.000 Euro bei der Bezirksverwaltungsbehörde.

Bei allen Unterentlohnungsfällen spiegelt sich ein ähnliches Schema wieder. Aufträge werden an Firmen und von diesen

▶▶ *Nur die Auftraggeber entscheiden, wer in Österreich letztendlich Aufträge bzw. Subaufträge bekommt!*

Christian Hauser, LGF GBH Tirol

überwiegend als Subaufträge an ausländische Firmen weiter vergeben. Für den Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) Tirol, Christian Hauser, ist klar: "Wir müssen verstärkt Aufklärungsarbeit bei den österreichischen Auftraggebern leisten. Nur die Auftraggeber entscheiden, wer in Österreich letztendlich Aufträge bzw. Subaufträge bekommt."

GBH-Bundesvorsitzender-Stv und Abg. z. NR Josef Muchitsch ergänzt: „**Wir Bau-gewerkschafter werden auch in Zukunft Verdachtsfälle auf unfairen Wettbewerb aufzeigen und keine Rücksicht auf die Verursacher nehmen. Lohn- und Sozialdumping gefährdet die Existenz der Arbeitnehmer. Daher Hände weg von unmoralischen Angeboten von dubiosen Firmen.**“

Schwellenwertverordnung/Bundesvergabegesetz

Erschwerte Auftragsvergabe **droht!**

Die Schwellenwertverordnung wurde 2009 als Maßnahme zur Krisenbekämpfung erlassen. Sie besagt, dass Aufträge bis zu einer gewissen Summe (Schwellenwert) ohne internationale Ausschreibung vergeben werden können. So könnten Aufträge bis zu 1 Mio. Euro regional vergeben werden. Diese zeitlich begrenzte Verordnung läuft nun aus, eine dauerhafte Nachfolgeregelung soll direkt im Bundesvergabegesetz (BVerGG) verankert werden.

Baugewerkschafter Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Positiv ist, dass mit der Nachfolgeregelung mehr Transparenz und verkürzte Einspruchsfristen von Mitbewerbern geschaffen werden sollen. Gemeinsam mit unseren Bausozialpartnern kritisieren wir jedoch die von der EU verlangten herabgesetzten Auftragsvolumina für eine direkte Vergabe an regionale Firmen und deren Arbeitsplätze.“

Bereits heuer im April hat die Baugewerkschaft mit ihrer Bausozialpartner-Initiative „Bau auf A!“ die Möglichkeit regionaler Auftragsvergaben österreichweit aufgezeigt. Muchitsch: „Billige und unmoralische Angebote von ausländischen Firmen sind nicht mit der österreichischen Qualität und Gewährleistung

vergleichbar. Die Gefahr ist groß, dass bei eventuell später auftretenden Bauschäden Gewährleistung und Schadenersatz an der österreichischen Grenze enden. **Wo möglich, soll darauf geachtet werden, dass auch österreichische Qualitätsarbeit zum Zug kommt.“**

Die Bausozialpartner fordern daher in ihrer gemeinsamen Stellungnahme eine Beibehaltung der bisherigen Höhen bei den Schwellenwerten für den Baubereich. Nach Beschluss im Nationalrat soll 2012 diese Nachfolgeregelung in Kraft treten. Muchitsch: „Ich werde unsere Standpunkte dazu im Nationalrat vertreten. **Es muss gelingen, die Auftragsvergaben auch weiterhin transparent und regional zu ermöglichen!“**

▶▶ *Mit der Nachfolgeregelung ab 2012 sichern wir weiterhin regionale Arbeitsplätze in unseren Branchen. Kritisiert wird von uns jedoch die von der EU verlangte Herabsetzung der Auftragssumme bei Direktvergaben an unsere regionalen Betriebe!*

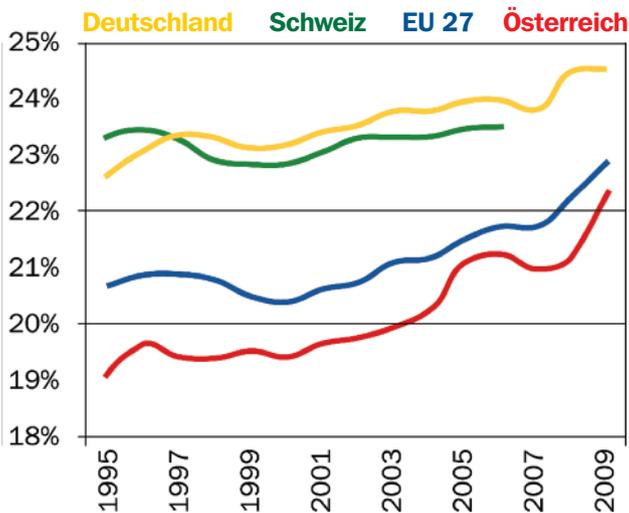
Abg. z. NR Josef Muchitsch

Leistbares Wohnen muss auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen!

Warum lässt die Politik leistbares

Leistbarkeit des Wohnens

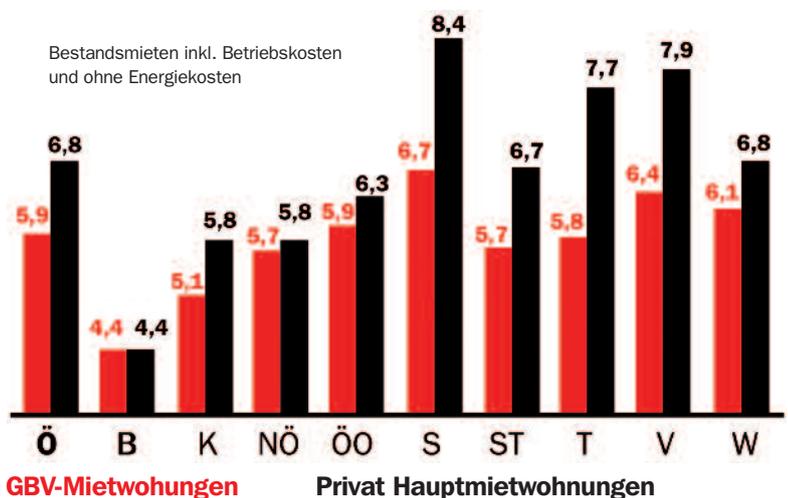
Eine der besten Strategien zur **Vorsorge gegen zukünftige Krisen ist es, die Leistbarkeit der Grundbedürfnisse sicherzustellen**. Wohnen spielt dabei eine zentrale Rolle. Hierbei ist Österreich noch in einer günstigen Situation mit einem Anteil der Wohnkosten am privaten Konsum von 22,4%. Der EU-Durchschnitt liegt bei 22,9%, Deutschland bei 24,5%. **Allerdings verzeichnet Österreich eine im internationalen Vergleich besonders starke Zunahme des Anteils der Wohnkosten am privaten Konsum.**



Wohnen darf nicht zum Risiko für die Menschen werden, indem die Politik den Wohnungsmarkt Spekulanten überlässt. Deshalb fordern die Bausozialpartner Abg. z. NR Josef Muchitsch, BIM Hans-Werner Frömmel und Dr. Carl Hennrich gemeinsam mit der Wohnbauexpertin Dr. Margarete Czerny endlich Maßnahmen, damit unsere Jugend sich Wohnen auch noch leisten kann!

Geförderte Wohnungen sinken!

Auch 2011 befürchten die ExpertInnen einen weiteren Rückgang. Heuer wird es voraussichtlich zu einem weiteren Rückgang um 15 – 20 % der Fördermittel für den **Wohnbau in den Bundesländern kommen. Dies wird sich leider nicht nur auf die Wohnbauleistung der nächsten Jahre auswirken, auch die Wohnungskosten werden insgesamt weiterhin stärker ansteigen als im internationalen Vergleich.** Hauptbetroffen davon sind die BezieherInnen mittlerer und unterer Einkommen. Grund genug für die Nachhaltigkeitsinitiative **UMWELT + BAUEN**, sich durch einen wissenschaftlichen Beirat – bestehend aus einer 24-köpfigen hochkarätigen ExpertInnen-Gruppe – zu verstärken. Dieser Beirat ist eine unabhängige Wissensplattform mit dem Ziel, die **UMWELT + BAUEN**-Schwerpunkte, wie zum Beispiel leistbares Wohnen, wissenschaftlich, strategisch und umsetzungsorientiert zu begleiten sowie Daten, Fakten und Analysen bereit zu stellen.



Wohnungsaufwand GBV/Private 2010

Moderate, stabile Wohnkosten und ein ausreichendes Wohnungsangebot sind ein Garant für Lebensqualität und steigende Konsumkraft. Eine der wichtigsten Säulen für leistbare und qualitativ hochwertige Wohnversorgung in Österreich ist die Wohnbauförderung! Diese garantiert gemeinsam mit der Wohnungsgemeinnützigkeit und dem kommunalen Wohnbau günstige Finanzierungskosten auch in Zeiten der Krise sowie hohe Qualitätsstandards. **Sie stellen nicht nur im geförderten Bereich leistbare Wohnkosten sicher, sondern dämpfen auch die Wohnkosten am privaten Markt.**

es Wohnen in Österreich sterben?

Die Bausozialpartner präsentierten ein mit Wohnbau-ExpertInnen erarbeitetes Vier-Punkte-Programm zur Sicherung leistbaren Wohnens und fordern endlich Maßnahmen seitens der Politik. Die Zeit der Lippenbekenntnisse seitens der Verantwortlichen muss endlich vorbei sein.

Anlässlich einer Pressekonferenz forderten die Bausozialpartner, gerade in der aktuell wirtschaftlich angespannten Zeit am funktionierenden System der Wohnbauförderung festzuhalten. Dabei dürfen Evaluierungen, Veränderungen und Neuausrichtungen kein Tabu sein. **Geförderter Wohnbau muss für die Bundes- und Länderverantwortlichen wieder oberste Priorität haben.**

In Österreich sinken die Fördergelder für den notwendigen Bedarf an Neubauwohnungen. **Zu wenig neue leistbare Wohnungen verbunden mit immer höheren Mietkosten sind die Folgen. Parallel sinken Kauf- und Konsumkraft.** Allein 2010 wurden um mehr als ein Fünftel weniger Wohnungsförderungen zugesichert als 2009. Das bedeutet einen Rückgang der Förderzusagen von 34.000 auf 28.000. Damit stehen in Österreich um insgesamt 6.000 leistbare Wohneinheiten weniger zur Verfügung als noch im Jahr davor. **Was passiert, wenn Finanzmärkte, Börsenmakler und Spekulanten den Wohnungsmarkt beherrschen, hat die Finanz- und Wirtschaftskrise in Amerika und England leider nur zu deutlich gezeigt.** Auch Eigentumswohnungen alleine sind keine Lösung, das sieht man an der derzeitigen Situation in Spanien.



Gemeinsam mit Wohnbau-ExpertInnen wurde von den Bausozialpartnern ein Vier-Punkte-Programm für eine neue gesicherte und bedarfsorientierte Wohnbauförderung erarbeitet ...

1 Gesicherte bedarfsorientierte Wohnbauförderung

Eine gesicherte bedarfsorientierte Wohnbauförderung unter Berücksichtigung der prognostizierten Bevölkerungszuwächse ist unumgänglich. Dabei sind energieeffiziente leistbare Normen fortzuführen.

2 Dynamischer Wohnbauförderungsbeitrag durch Indexierung

Die Wohnbauförderung muss an die aktuellen Baunormen und höheren Ansprüche im Bereich Wohnen angepasst werden. Fakt ist, die Basis für den Wohnbau ist durch die Lohnerhöhungen gestiegen – die Wohnbaufördermittel wurden im Gegensatz verringert.

3 Die Wohnbauförderung muss wieder ausschließlich den Wohnbau fördern

Finanzierung der Wohnbeihilfen, Heizkostenzuschüsse und sonstige Geldleistungen sowie vorgeschriebene nicht bauliche Auflagen sind den zuständigen Budgets zuzuordnen.

4 Wohnbauförderungsbeiträge, Bundesmittel und Rückflüsse aus den Länderbudgets in einen Zukunftsfonds Wohnen ausgliedern

Wir benötigen gesicherte Fonds in den Ländern, um leistbares Wohnen auch in Zukunft finanzieren zu können.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender-Stv. der Gewerkschaft Bau-Holz: **„Die Lockerung und Abschaffung der Zweckbindung bei den Wohnbaufördermitteln war ein folgenschwerer politischer Fehler.** Dadurch wurde ein „Selbstbedienungsladen“ für die Landespolitik eröffnet. Deshalb fordern wir als Bausozialpartner: **Finger weg vom Geld für leistbares Wohnen.** Wir brauchen eine gesicherte bedarfsorientierte Wohnbauförderung mit einer jährlichen Indexierung der Bundesmittel, um auf den prognostizierten Bevölkerungsanstieg nachhaltig vorbereitet zu sein.“

Wohnen ist ein Grundrecht und Grundbedürfnis der Menschen, genau diesen Wert muss Wohnen von der Politik auch wieder bekommen. Die Formel dazu ist ganz einfach: Je weniger geförderte Mietwohnungen, umso höher sind die Mietkosten und desto weiter sinken die Kauf- und Konsumkraft in Österreich.

▶▶ *Der österreichische Wohnbau war auch ein wichtiger Erfolgsfaktor gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise! Immerhin sichern wir mit einer Milliarde Euro Wohnbauinvestitionen mehr als 12.000 Arbeitsplätze!*

Abg. z. NR Josef Muchitsch

Mehr Gewerkschaftsmitglieder – höhere Löhne!

Warum soll ich meine Kollegen für die Gewerkschaft werben?

*Was bringt mir das? Diese Fragen werden in Gesprächen mit GBH-Sekretären oft gestellt. Die Antwort ist ganz einfach: **Je mehr Leute in Deiner Branche Gewerkschaftsmitglieder sind, desto mehr stehen in Kollektivvertragsverhandlungen hinter uns und erzeugen Druck auf die Arbeitgeber. Und das bedeutet höhere Löhne und Zulagen, bessere Arbeitszeitbestimmungen ...***

Es bringt also jeder/m Einzelnen enorm viel, wenn in ihrer/seiner Branche viele KollegInnen bei der Gewerkschaft sind.

Ein Beispiel:

8 von 10 Maurern sind Mitglied der Gewerkschaft Bau-Holz, aber nur 2 von 10 Tischlern. In den Kollektivverträgen zeigt sich dieser Unterschied sehr deutlich: Maurer haben kollektivvertraglich 39 Wochenstunden, Tischler haben 40 Wochenstunden.

Maurer haben deutlich höhere Stundenlöhne und Lehrlingsentschädigungen als Tischler. Die GBH hat errechnet, dass ein Maurerlehrling in 3 Lehrjahren inkl. aller im KV erreichten Prämien (Lehrabschluss) und Besserstellungen (keine Internatskosten) über 24.000 Euro mehr verdient als ein Tischlerlehrling, also mehr als das Doppelte!

Andreas Huss, MBA, Umweltsprecher und Organisationsverantwortlicher in der GBH, macht deutlich: „**Natürlich erhalten auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder die Lohnerhöhungen, die die Gewerkschaft mit den Arbeitgebern einer Branche verhandelt und oftmals auch erkämpft. Aber dank dieser Nicht-Mitglieder fällt die Lohnerhöhung eben geringer aus als bei einem guten Organisationsgrad. Deshalb versuchen wir, in unseren Branchen jede/n Einzelne/n von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen – weil wir das Bestmögliche für unsere Mitglieder erreichen wollen!**“

Überzeuge auch deine KollegInnen – es lohnt sich! Alle Infos erhältst du in deiner GBH-Landesorganisation und auf der Internetseite der Gewerkschaft Bau-Holz: www.bau-holz.at



▶▶ **Je mehr Gewerkschafts-Mitglieder ...**

- **umso stärkere Gewerkschaften!**
- **umso bessere Kollektivverträge!**
- **umso höhere Löhne!**
- **umso mehr Rechte!**

Ohne Mitglieder – keine Gewerkschaften!

Ohne Gewerkschaften – kein Kollektivvertrag!

Ohne Kollektivvertrag gibt es gar nichts! Weil's dafür kein Gesetz gibt!

Gewerkschaftlicher Rechtsschutz

GBH-Rechtsschutz – oder willst Du auf Tausende Euro verzichten?

Das kann jedem passieren: Die Firma geht in Insolvenz, man wird gekündigt oder erleidet einen Arbeitsunfall. Das ist schlimm, aber für Gewerkschaftsmitglieder wird es immerhin nicht zur finanziellen Katastrophe: Sie haben ihren Rechtsschutz! Denn wer will schon auf Tausende Euro verzichten? Und wer kann alleine mit hohen Gerichtskosten fertig werden?

2 Beispiele aus den letzten Monaten:

- **Ein Kollege aus einer Fliesenlegerfirma in Wien wollte seine Ansprüche gegenüber seinem Arbeitgeber geltend machen und bat die Gewerkschaft Bau-Holz um Hilfe.** Der Fall wurde einem Rechtsanwalt übergeben. Da die Firma zwischenzeitlich insolvent wurde, wurde die Forderung beim Insolvenzausgleichsfonds (IAF) geltend gemacht.

Sehr rasch, nämlich binnen drei Monaten, kam jedoch Geld ins Haus: **Über 5.700 Euro erhielt unser Kollege aus dem IAF!** Für unseren Kollegen fielen keinerlei Kosten an.

- **Besonders dreist wollte eine Tiroler Malerfirma vorgehen. Sie kündigte einen unserer Kollegen, vordergründig, weil es zu wenig Aufträge für die Firma gebe.** Der wahre Grund lag jedoch auf der Hand: Der betreffende Kollege ist Gewerkschaftsmitglied und wollte in der Firma einen Betriebsrat bilden.

Auch er kam zur GBH und nahm Rechtsschutz in Anspruch. Die Kündigung wurde sofort angefochten und unser Kollege bekam Recht, es handelte sich um eine Motivkündigung: **In einem Vergleich wurden ihm 6.760 Euro zugesprochen.** Auch hier hat die GBH natürlich sämtliche Kosten übernommen.

Der Rechtsschutz für GBH-Mitglieder

- **Über 10 Millionen Euro in den letzten vier Jahren wurden für unsere Gewerkschaftsmitglieder erstritten.**
- **Über 3.000 Rechtsfälle waren notwendig, um den Kolleginnen und Kollegen vor dem Arbeits- und Sozialgericht zu ihren berechtigten Ansprüchen zu verhelfen.**

Voraussetzungen

- Gewerkschaftsmitgliedschaft
- Im Falle einer Intervention gibt es für Mitglieder keine weitere zeitliche Voraussetzung.
- Die Übernahme des Rechtsschutzes - und damit allfälliger Kosten - ist nur für Mitglieder möglich, die mindestens 6 Monatsvollbeiträge geleistet haben.
- Für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis wird kostenlos ein Rechtsanwalt durch die Gewerkschaft beigestellt (Lohndifferenzen, Unfall bei der Arbeit, Unfall auf dem Weg von und zur Arbeit, Pensionsangelegenheiten, Vertretung vor dem Schiedsgericht).
- In jeder GBH-Landesorganisation gibt es einen Rechtsschutzverantwortlichen und KollegInnen, die Auskunft geben und weiterhelfen können, wenn Du Fragen hast oder selbst Rechtsschutz benötigst.

►► **Gewerkschaftlicher Rechtsschutz oder nicht – der Unterschied kann Tausende Euro betragen!**



Die GBH fordert: Österreichweite Umsetzung der steirischen Förderung für altersgerechtes Sanieren

Das Land Steiermark unterstützt altersgerechtes Sanieren!

Den Verbleib in den eigenen vier Wänden bis ins hohe Alter zu ermöglichen – dies ist das Ziel der neuen, bisher einzigartigen, steirischen Förderung für barrierefreies und altengerechtes Sanieren.



Mitinitiator Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Es besteht hier großer Nachholbedarf! **Diese Förderung ermöglicht nicht nur älteren Menschen, in ihrer Wohnung zu bleiben, sie schafft und sichert auch Arbeitsplätze und hilft, Kosten in betreuten Pflegeeinrichtungen zu sparen! Das sollte Vorbild für ganz Österreich sein.**“

Die steirische Förderung

Gefördert wird die Sanierung bestehender Wohnräume, die durchgehend barrierefrei und altengerecht umgebaut werden, und zwar anerkannte Kosten von 3000 bis 30.000 Euro pro Wohnung, entweder durch einen einmaligen Förderbeitrag von 15 Prozent der anerkannten Kosten oder durch nicht rückzahlbare Annuitätzuschüsse.

Foto: bauxund

Die GBH fordert: Öffentliche Aufträge österreichweit an soziale Kriterien binden!

Die GBH-Kampagne „BAU auf A!“ trägt weiter Früchte!

Salzburg zeigt vor, wie es geht: Mit einer Neuregelung der Auftragsvergaben wird ab sofort berücksichtigt, wie viele Lehrlinge, Frauen, ältere oder behinderte ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, welche Transportwege anfallen und ob in der Nähe ein Serviceangebot bei Wartung oder Reparatur besteht. Damit wurden die von der GBH geforderten sozialen und ökologischen Kriterien aus der Kampagne „BAU auf A!“ übernommen. Das sichert nicht zuletzt österreichische Arbeitsplätze und die hohe Qualität, die die österreichischen Bau- und HolzarbeiterInnen liefern.

►► Oft liegen die Angebote nicht weit auseinander – da muss der soziale und ökologische Faktor bei der Auftragsvergabe eine wichtige Rolle spielen! Deshalb fordern wir eine bundesweite Umsetzung dieser Neuregelung aus Salzburg!

Abg. z. NR Josef Muchitsch

Abg. z. NR Josef Muchitsch, Stv. Bundesvorsitzender der GBH, fordert nun eine rasche österreichweite Umsetzung: „Dieser neue Kriterienkatalog soll und muss Vorbild für alle öffentlichen Aufträge in Österreich sein – von der Bundes- bis zur Gemeindeebene! Es ist doch bekannt, dass der billigste keineswegs immer der beste Anbieter sein muss. **Leider hat sich zu oft erwiesen: Wer billig baut, baut meistens teuer!** Oft liegen die Angebote nicht weit auseinander – da muss der soziale und ökologische Faktor bei der Auftragsvergabe eine wichtige Rolle spielen! Wenn zudem auch noch vorrangig österreichische Produkte zum Einsatz kommen, ist das vorbildlich.“

Nicht zuletzt sind öffentliche Auftragsvergaben nach dem Best- statt nach dem Billigstbieterprinzip auch ein ausgezeichnetes Instrument gegen Lohn- und Sozialdumping. Das Salzburger Modell rückt auch von Generalunternehmer-Verträgen ab, was es „schwarzen Schafen“ zusätzlich erschwert, bei Aufträgen zum Zug zu kommen. Die Vorgangsweise, die die Salzburger Landesregierung gewählt hat, ist auch laut EU-Recht zulässig. Othmar Danninger, GBH-Vorsitzender in Salz-

burg: „Ich sehe also keinen Grund, warum dieses Modell nicht ehestmöglich auch österreichweit umgesetzt werden soll. Die öffentliche Hand muss hier ihre Vorbildfunktion erfüllen. **Schließlich geht es um viele Millionen Euro an Auftrags-**

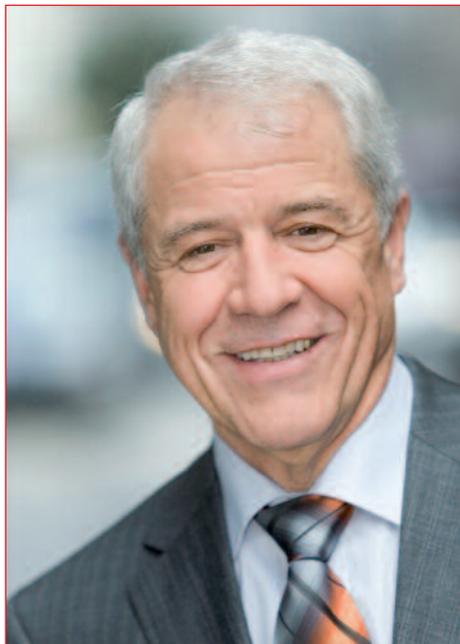
volumina und damit um Tausende Arbeitsplätze und viele Kilometer an Transportwegen. Wir werden diesbezüglich jedenfalls rasch das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen suchen.“



Von links nach rechts: BIM KR Ing. Hans-Werner Frömmel, GBH-Umweltsprecher Andreas Huss, Mag. Rudolf Zrost vom Fachverband Stein- Keramische Industrie, Initiator „BAU auf A!“ Abg. z. NR Josef Muchitsch sowie GBH-Landesvorsitzender Othmar Danninger und LIM Ing. Johann Jastrinsky stellten im Sommer die Bausozialpartnerkampagne „BAU auf A!“ vor. Einige Monate später trägt die GBH-Kampagne bereits „Früchte“. Teile davon wurden in der Neuregelung der Auftragsvergabe berücksichtigt. Die GBH fordert nun eine ehestmögliche bundesweite Umsetzung.

Erst mit 70 in Pens

Bernhard Felderer, Chef des IHS (Instituts für Höhere Studien) geht Ende des Jahres mit 70. Vielleicht fühlt er sich deshalb dazu berufen, permanent das österreichische Pensionssystem als „unfinanzierbar“ abzuqualifizieren und die Abschaffung sämtlicher Frühpensionssysteme, vor allem der Invaliditätspension, zu fordern. Diese gehöre überhaupt aus dem Versicherungssystem eliminiert, so Felderer, in der Regel könnten die Betroffenen auch bei Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit für adäquate Aufgaben eingesetzt werden.



Herr Felderer vergisst oder ignoriert dabei die Tatsache, dass man zwar als Universitätsprofessor und Forscher lange im Berufsleben verbleiben kann, nicht aber als SchwerarbeiterIn, FließbandarbeiterIn, PflegerIn und in vielen anderen körperlich und psychisch schwer belastenden Berufen. Felderer hat scheinbar das Glück, nicht zu wissen, wie es sich mit schwersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen lebt, die man aus dem Arbeitsleben davongetragen hat. Viele würden gern länger arbeiten – es ist keinesfalls ein Privileg, mit knapp 700 Euro monatlich auszukommen zu müssen!

Mit Arroganz und Ignoranz wird den Menschen Angst gemacht, dass sie im Alter nicht mehr genug Geld zum Leben haben werden. Unterstützung findet Felderer nicht nur in Wirtschafts-, sondern leider auch in Regierungskreisen, bei Vizekanzler Spindelegger und Finanzministerin Fekter.

Beide forderten kürzlich ein Bonus-Malus-System mit Abschlägen für früher Pensionierte und Vorteilen für jene, die später in Pension gehen. Gegen Anreizsysteme für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben ist nichts einzuwenden. Nur: Die Abschläge gibt es bereits, „dank“ der schwarz-blauen Bundesregierung und ihrer Pensionsreform 2003! Soll es dann für jene, die vom Betrieb gekündigt werden, weil sie „zu alt“ oder „zu teuer“ sind, und für jene, die zu krank zum Arbeiten sind, noch weniger Pension geben? **Und werden auch endlich die Betriebe zur Kasse gebeten, die diese Menschen ihrer Arbeit und ihrer Arbeitsfähigkeit berauben?**

Die durchschnittliche Pension von InvaliditätspensionistInnen lag 2010 bei gerade einmal 697 Euro! Dazu sollen, geht es nach Fekter und Spindelegger, z.B. Kündigungsentschädigungen und Abfertigungen voll besteuert werden.

Hier stellt sich für mich schon die Frage, was Fekter und Spindelegger unter der vielgepriesenen steuerlichen Gerechtigkeit verstehen: Eine Vermögensbesteuerung für Vermögen über eine Million Euro wird abgelehnt, obwohl Österreich europaweit Schlusslicht bei der Vermögensbesteuerung ist. Die Zweckbindung der Wohnbauförderung, die ja auch aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen mitfinanziert wird, wird abgelehnt, obwohl sie viele Arbeitsplätze schaffen und sichern könnte. Aber für die ArbeitnehmerInnen sollen Steuerbegünstigungen wegfallen und Abschläge erhöht werden. Diese Pläne lehnen wir GewerkschafterInnen auf das Schärfste ab! Steuerliche

Gerechtigkeit heißt, dass alle ihren Beitrag leisten!

Das staatliche Pensionssystem ist finanzierbar. Die vielgepriesenen privaten und betrieblichen Pensionsvorsorgemodelle, die übrigens 2008 mit 1,36 Milliarden Euro vom Staat unterstützt wurden (Tendenz deutlich steigend), sind keinesfalls eine Alternative. Würde die staatliche Förderung dort gekürzt, wäre auch mehr Geld für das staatliche Pensionssystem da.

Der verantwortliche Bundesminister Rudolf Hundstorfer hat schon zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um das Pensionssystem nachhaltig abzusichern. Mit dem Auslaufen der sogenannten „Hacklerpension“ erwartet er gehörige Einsparungen bei den Aufwendungen von 90 % ab 2016. Ein Invaliditätspensionsantrag kann nur nach vorheriger REHAB gestellt werden, mit Einführung der „Gesundheitsstraße“ und verstärkten Rehabilitationsmaßnahmen sind die Zahlen bei beiden Pensionsarten jetzt schon rückläufig, was heuer eine Kostenentlastung von rund 300 Millionen Euro bringen wird. Der eingeschlagene Weg zeigt also Erfolg! Diese Schritte müssen gesetzt werden mit dem Ziel, die Menschen länger gesund zu erhalten, mit Anreizen für längeres Arbeiten, aber keinesfalls mit Bestrafung jener, die durch ihre schwere Arbeit invalid geworden sind.


Johann Holper
 Bundesvorsitzender der GBH

Pension? Nicht mit uns!

Der GBH-Betriebsrat und Polier Peter Klement hat den Felderer-Vorschlag in einem Schreiben kritisiert und praxisnah als Blödsinn abqualifiziert.

In diesem E-Mail heißt es:

„Sehr geehrter Professor Felderer, wie stellen Sie sich das vor, die Invaliditätspension abzuschaffen? Gehen Sie mal einige Zeit auf die Baustelle bei den Temperaturen und arbeiten fleißig und zahlen brav die Steuern, werden dann mal krank bzw. können körperlich nicht mehr arbeiten wegen Krankheit (Hautkrebs, Gelenke, Wirbelsäule usw.), und dann soll dieser Mensch, der dann meistens 30 Jahre gearbeitet und einbezahlt hat, keine Invaliditätspension mehr erhalten? Was soll denn dieser Blödsinn?“

Außer einem automatischen Antwortmail ist keinerlei Reaktion gekommen.

►► *Invaliditätspensionen abschaffen, was soll denn dieser Blödsinn, Hr. Felderer?*

Betriebsrat und Polier Peter Klement von der Firma Pongratz Bau



Polier Klement (rechts) ist mit seinem BRV Franz Mandl einer Meinung: „Felderer liegt völlig falsch und ist weit weg von der Realität im Arbeitsleben“

Die GBH-PensionistInnen informieren ...

Krankenversicherungsbeitrag von Auslandspensionen!

Nachdem in Kürze die Einhebung von KV-Beiträgen von Auslandspensionen beginnen wird, hier die wichtigsten Fakten:

- Die Regelung betrifft KollegInnen, die neben ihrer österreichischen auch eine staatliche Pension aus einem anderen EU-Land beziehen; von dieser wird nun ein KV-Beitrag eingehoben.
- Für Pensionen aus Vorsorgekassen, Firmenpensionen etc. wird kein KV-Beitrag eingehoben.
- Der KV-Beitrag beträgt monatlich 5,1 % des Bruttobetrag der Auslandspension.
- Bei sehr kleinen Auslandspensionen kann der Krankenversicherungsträger von einer monatlichen Vorschreibung absehen und die Beiträge in einem größeren Abstand (bis zu einem Jahr) vorschreiben.
- Die Höhe der Auslandspension muss der Versicherte der Krankenkasse bekannt geben. Passiert das nicht, wird der KV-Beitrag aufgrund einer vorläufigen Beitragsgrundlage von 80 % der höchsten Pensionsbemessungsgrundlage berechnet.

Mehr Infos bei Deinen GBH-PensionistInnen!

Interview mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer!

Die Abschaffung der Invaliditätspension steht nicht zur Diskussion!

Im Interview gab Sozialminister Rudolf Hundstorfer der Gewerkschaft Bau-Holz Auskunft zu den Themen, die die Bau- und HolzarbeiterInnen bewegen.

Bau-Holz: Vizekanzler Spindelegger und Bundesministerin Fekter schlagen ein Bonus-Malus-System bei späterem bzw. früherem Pensionsantritt vor. Wie stehen Sie als verantwortlicher Minister dazu? Reichen die bisherigen Abschlüsse nicht schon aus?

BM Hundstorfer: Wir haben schon jetzt ein Zuschlagssystem: 4,2 % mehr Pension pro Jahr über dem Regelpensionsalter. Man kann aber über alles diskutieren und nachdenken, jedoch muss darauf geachtet werden, dass so ein Modell zu keinen (hohen) Mitnahmeeffekten führt.

Bau-Holz: IHS-Chef Felderer will ein völliges Aus aller Frühpensionsarten. Wie soll z. B. ein Bauarbeiter, der durch seinen Beruf schwere gesundheitliche Schädigungen erlitten hat, die auch durch eine REHAB nicht zu beheben sind, ein Pensionsantrittsalter von 65 Jahren erreichen?

BM Hundstorfer: Bei Frühpensionen muss man zwischen vorzeitigen Alterspensionen und Invaliditätspensionen unterscheiden. Jährlich stellen 70.000 Menschen einen Antrag auf IP, nur 35.000 Anträge werden genehmigt. Hier gibt es eine Schieflage. Es muss den Menschen geholfen werden, damit sie länger gesund im Erwerbsleben bleiben können. Hier setzen wir mit dem Präventionsprogramm fit2work an, das gerade zu laufen beginnt. Aber auch die Wirtschaft muss mithelfen - keine Kündigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mehr Prävention in den Betrieben. Die Abschaffung der Invaliditätspension steht nicht zur Diskussion.

Bau-Holz: Was sind Ihre Pläne für unser zukünftiges Pensionssystem?

BM Hundstorfer: Mehr Transparenz. Die Anreize, die wir jetzt schon haben, kom-

men aufgrund der zwangsweisen Anwendung von drei Rechtslagen nicht zur Wirkung.

Ziel ist und bleibt es, Menschen länger gesund im Erwerbsleben zu halten. Hier gilt es, frühzeitig hinzuschauen, damit Invalidität erst gar nicht entstehen kann. Es vermindert die Ausgaben um 300 Millionen Euro, wenn das Alter der Invaliditätspension um ein Jahr steigt.

Bau-Holz: Bleibt die Reduzierung der Abschlüsse bei der Invaliditätspension von 15 auf 13,8 % und bei der Schwerarbeitspension von 15 auf 11 % (befristet bis 2015) mit 1.1.2012 aufrecht?

BM Hundstorfer: Eine Abänderung der im Budgetbegleitgesetz (BBG) 2011 beschlossenen Reduzierung der o.a. Abschlüsse ist für mich kein Thema.



GBH-Buchtipps

Markus Marterbauer

Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle!

Welche Lehren zieht die Politik aus der Krise? Auf Basis neuester Studien zeigt der Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer, dass sich die weltweit zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen, einer der Hauptauslöser der Wirtschaftskrise, weiter zu verschärfen droht. Marterbauer erklärt, wie die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden werden können, wenn die Wirtschaftspolitik in der EU und in Österreich vernünftig reagiert. In seiner präzisen Anleitung zum politischen Handeln setzt er sich für eine aktive Verteilungspolitik, die Verringerung der staatlichen Verschuldung und das Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat ein.

Markus Marterbauer ist auch Mitglied im wiss. Beirat **UMWELT + BAUEN**.

Das Buch gibt allen wirtschaftspolitisch interessierten Menschen, egal ob Experte oder Laie, verständlich Daten, Fakten und Argumente in die Hand.

Verlag Deuticke, flexibler Einband, 256 Seiten, mit Abbildungen
Preis: 18.40 €
ISBN 978-3-552-06173-6

Zu beziehen über den ÖGB-Verlag:
www.oegbverlag.at



„Advent im Schnee“ in Kirchberg

04. bis 22. Dezember 2011
3 Übernachtungen Do – So oder
4 Übernachtungen So – Do

Pro Person für GBH-Mitglieder

Do-So	EUR 126,00
So-Do	EUR 168,00
EZ-Zuschlag	EUR 18,00

Für alle anderen Gäste	
Do-So	EUR 153,00
So-Do	EUR 198,00
EZ-Zuschlag	EUR 24,00

Darin inkludiert sind:

- 3/4 ÜN im Doppel- oder Einzelzimmer
- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- abwechslungsreiche Abendmenüs
- Benutzung des Panoramahallenbads und der Alpenhof-Wellnessoase
- hausgemachte Weihnachtsbäckerei
- romantische Fackelwanderung
- winterliche Pferdekutschenfahrt
- Besuch am Kitzbüheler Christkindlmarkt
- alle gesetzlichen Abgaben

Hotel Alpenhof

6365 Kirchberg

Brandseitweg 18/Ortsteil Klausen
Telefon: 0 535 7/23 89-0
www.kirchberg-alpenhof.at



„Bergweihnacht“ in Schladming

18. bis 22. Dezember 2011
Einstimmen in die Weihnachtszeit
Ski fahren auf der 4-Berge Schischaukel

Pro Person für GBH-Mitglieder

EUR 216.00

Pro Person für alle anderen Gäste
EUR 256.00

Darin inkludiert sind:

- 4 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
- Kaffee und Kuchen am Nachmittag
- 3-gängiges Wahlmenü mit Salatbuffet
- Halbpension
- Begrüßungsbowl
- 1 x Steirisches Menü im Rahmen der Halbpension
- Lustiges Juxkegelturnier
- Christkindlmarkt
- Pferdeschlittenfahrt
- Fackelspaziergang
- Hallenbad und Saunaoase zur freien Benutzung
- Alle Steuern und Abgaben

Sporthotel Tauernblick

8970 Schladming

Hochstraße 399
Telefon: 0 36 87/22 00 1
www.hotel-tauernblick.at

Winterreifenaktion exklusive für GBH-Mitglieder!



Tolle Einkaufskonditionen bei Profi Reifen

ACHTUNG: Winterreifenpflicht von 1. November bis 15 April!

ÖGB und GBH helfen Dir auch hier, zu sparen! Mit tollen Einkaufskonditionen bei der **Fa. Profi Reifen mit über 40 Filialen in ganz Österreich!**

Beim Kauf bitte unbedingt die GBH-MITGLIEDSKARTE vorweisen sowie die Kundennummer 3300039148 angeben! **Näheres im Internet unter www.bau-holz.at (News)**

Wir wünschen gute Fahrt!

Zum bereits neunten Mal veranstaltete der Bau & Immobilien Report die Enquete „Chance Hochbau“.

Enquete „Chance Hochbau“ 2011

Am 13. Oktober diskutierten prominente Vertreter aus Wirtschaft und Politik im Gironcoli-Kristall im Strabag-Haus im Rahmen der Enquete „Chance Hochbau 2011“ über die „Zukunft der Wohnbauförderung“ und die „Auswirkungen der rot-grünen Koalition auf die Wiener Bauwirtschaft“. Mit dabei war auch Baugewerkschafter Abg. z. NR Josef Muchitsch.



Der erste Themenblock widmete sich dem heißen Eisen Wohnbauförderung.

In seiner Key Note forderte BIM Hans-Werner Frömmel die Politik auf, **die Wohnbauförderung nicht weiter auszuhehlen**. „Die Gelder aus der Wohnbauförderung müssen wieder ausschließlich dem Wohnbau zu Gute kommen“, so Frömmel. **Die Finanzierungen der Wohnbeihilfen, Heizkostenzuschüsse und sonstige Sozialleistungen müssten in Zukunft aus den Sozialbudgets bestritten werden**. Frömmel kritisierte auch jene Politiker und Wirtschaftsforscher, die die Wohnbauförderung an sich in Frage stellen und damit den „sozialen Frieden in Österreich gefährden“.

In der anschließenden Podiumsdiskussion trafen die Vertreter der Bauwirtschaft auf die Politik. **Josef Muchitsch**, ab Jänner neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, **bezeichnete die Lockerung und Abschaffung der Zweckbindung als einen „folgeschweren politischen Fehler“**. Naturgemäß anders

wurde die Situation von Wolfgang Sobotka, Landeshauptmann-Stellvertreter Niederösterreich, bewertet. Die Aufhebung der Zweckbindung hätte den Ländern viel Bewegungsfreiraum verschafft. „Man darf jetzt nicht auf die Idee kommen, die Länder wieder in die Zange zu nehmen“, so Sobotka, der die Wohnbauförderung als „ganz normale Ertragsmittel“ bezeichnete, die von der Politik bestmöglich eingesetzt werden.

(Anmerkung der Redaktion: Niederösterreich rudert bei der geförderten Wohnungsfertigstellung mit Minus 30% in den letzten vier Jahren stark zurück. Wohnbaufördergelder wurden für Spekulationen auf internationalen Finanzmärkten und zum Stopfen von Landesbudgetlöchern verwendet. Jetzt fehlt das Geld für leistbares Wohnen. Zusätzlich wurden in Niederösterreich Darlehensforderungen von mehr als 7 Milliarden Euro um 4,4 Milliarden an die Banken verschertelt. Diese 4,4 Milliarden wurden veranlagt, wobei zuletzt nur mehr 3,8 Milliarden davon im Topf waren).



Der GBH-Arbeitszeitkalender 2012 kommt!

Auch heuer wird der beliebte Arbeitszeitkalender jedem GBH-Mitglied direkt nach Hause geschickt!

Der GBH-Arbeitszeitkalender ist ein wertvolles Serviceinstrument: Er bietet die wichtigsten Adressen und Ansprechpartner auf einen Blick, informiert übersichtlich über die umfangreichen Leistungen der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) für ihre Mitglieder und ist nicht zuletzt eine wertvolle Unterstützung bei eventuellen Streitigkeiten, z.B. um die Arbeitszeit. Der Arbeitszeitkalender wird bis Ende Dezember per Post versendet.

IMPRESSUM

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau-Holz, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Gesellschaft m.b.H., 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96-39744, Fax 01/662 32 96-39793, E-Mail: renete.wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i | Redaktion und Adresse: GBH-Presse, Sonja Schmid, Thomas Trabi, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01 534 44, presse@gbh.at | ArtDirector/Layout: Thomas Trabi | Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH | Bildnachweise: GBH-Presse Trabi, Foto Christian Koschar, ÖGB/Praxmarer, Rückseite: Tom Lamm DVR-Nr. 0046655 | ZVR 576 439 352 | Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Gewerkschaft Bau-Holz übereinstimmen. www.bau-holz.at

Schifoan is leiwaund ...

Exklusive Angebote nur für
GBH-Mitglieder! (Seite 17)

